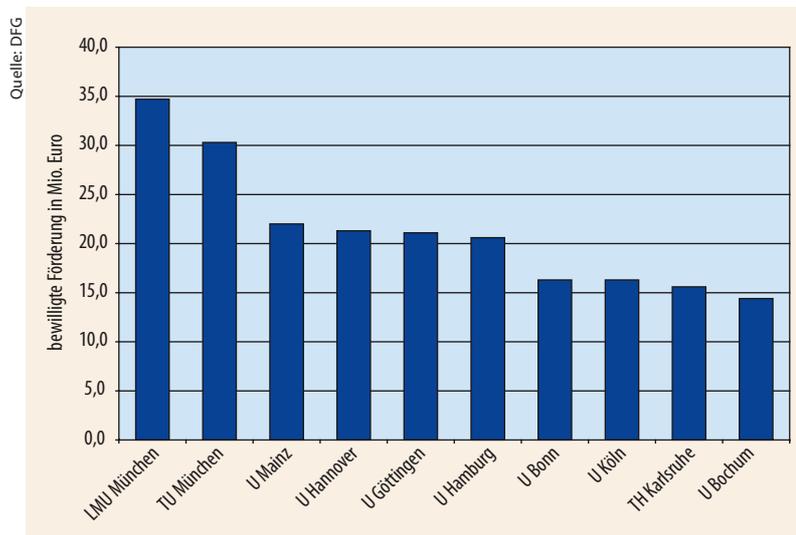


Die zehn Hochschulen mit dem höchsten DFG-Bewilligungsvolumen 2005 bis 2007 im Fach Physik. In den Zahlen sind die Mittel, die im Rahmen der 1. und 2. Förderlinie der Exzellenzinitiative vergeben wurden, bereits enthalten.



Bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen konnte die Max-Planck-Gesellschaft mit rund 232 Millionen Euro die meisten Mittel für sich verbuchen, gefolgt von der Leibniz- und der Helmholtz-Gemeinschaft.

Das Förderranking zeigt nicht nur, wie sich die DFG-Gelder verteilen, sondern schlüsselt auch die Förderung durch andere Geldgeber wie den Bund oder die EU auf. So nimmt Heidelberg bei der Förderung des Bundes im Bereich „Groß-

geräte der Grundlagenforschung“ den Spitzenplatz ein, dicht gefolgt von Hamburg. DFG-Präsident Matthias Kleiner betonte als wichtiges Ergebnis des Rankings: „Die Hochschulen in Deutschland sind für den nationalen und internationalen Wettbewerb in Wissenschaft und Forschung gut gerüstet. Sie haben in den vergangenen Jahren ihr Profil weiter geschärft und klare Schwerpunkte gebildet.“

Wie gut sich deutsche Forschungseinrichtungen im in-

ternationalen Wettbewerb um Forschungsgelder halten, zeigt eine Studie des Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung.^{#)} Demnach ist es ihnen gelungen, beim 6. EU-Forschungsrahmenprogramm europaweit die meisten Drittmittel einzuwerben. Deutsche Antragsteller erhielten insgesamt rund drei Milliarden Euro aus dem Programm, das entspricht 18 Prozent des Gesamtbudgets. Großbritannien konnte 2,4 Milliarden Euro (14 %) und Frankreich 2,2 Milliarden Euro (13 %) für sich verbuchen. Die Erfolgsquote deutscher Anträge lag über alle Themengruppen hinweg bei 23 Prozent, in einigen Bereichen, wie z. B. Energie oder Luftfahrt aber auch deutlich höher (bei 31 bzw. 43 Prozent). Zum Vergleich: Im Schnitt lag die Erfolgsquote der Anträge europaweit und über alle Themenbereiche bei 18 Prozent. Bundesforschungsministerin Annette Schavan zeigte sich erfreut über das gute Abschneiden und betonte: „Die Studie zeigt eindrucksvoll, wie stark Deutschland vom Forschungsrahmenprogramm profitiert“.

Anja Hauck

#) www.zew.de; Studie zur deutschen Beteiligung am 6. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Kennziffer: 332/20475

FRANKREICH

Reform und Renovierung

Die französische Forschungs- und Hochschullandschaft befindet sich im Wandel. So ist die im letzten Jahr von der Regierung beschlossene Umstrukturierung des CNRS in zehn voneinander unabhängige Institute weitgehend abgeschlossen. Im Bereich der Physik wurde neben dem seit langem bestehenden Institut für Kern- und Teilchenphysik (INPNPP) ein „Institut de Physique“ neu gegründet. In dessen 82 meist gemeinsam mit einer Universität betriebenen Forschungsabteilungen arbeiten 3100 festangestellte Wissenschaftler. Davon gehören 1200 dem CNRS an, die anderen den beteiligten Hochschulen.

Kritiker sehen darin einen weiteren Schritt zur Zerschlagung des CNRS und seiner Reduzierung auf

eine Drittmittelagentur. Bereits vor zwei Jahren war die regelmäßige Evaluierung der etwa 12 000 CNRS-Wissenschaftler sowie der 1200 Forschungslabore der staatlichen Agentur AERES übertragen worden.

Die Neugliederung in Institute wird den Einfluss des „Comité National“ des CNRS weiter schwächen und läutet wohl das Ende der seit Jahrzehnten bestehenden Vorherrschaft des CNRS in der französischen Wissenschaft ein.

Aus dem Programm zur Renovierung der Hochschulen „opération campus“ erhält die Universität Grenoble 400 Millionen Euro.⁸⁾ Einer kleinen Revolution gleich kommt deren Finanzierung im Rahmen eines „partenariat public-privé“ (PPP). Dabei überlässt die Universität die Erhaltung bestehender Gebäude sowie die

Errichtung von Neubauten einem privaten Partner mittels eines langfristigen Pachtvertrags. Seit dem vergangenen Jahr sind etwa zehn solcher Projekte vereinbart worden; mit je etwa einer halben Milliarde Euro sind jene in Aix-Marseille, Bordeaux und Lyon die bisher umfangreichsten.

Insgesamt belaufen sich die im Hochschulbereich geplanten PPP auf fünf Milliarden Euro. Die Wissenschaftsministerin Valérie Pécresse erwartet sich eine effizientere Nutzung und Instandhaltung der Immobilien, während die Gewerkschaften eine schleichende Privatisierung der Universitäten befürchten.

Alois Würger

8) Physik Journal, Mai 2009, S. 14

1) s. Physik Journal, März 2009, S. 12

2) s. Physik Journal, Juli 2009, S. 12

3) www.bipartisanpolicy.org/projects/science-policy